

Pressemitteilung
Nr. 180/2025
Kiel, 29.07.2025

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Regionalpläne Windenergie: Und wieder nichts dazugelernt

Zur Vorstellung der neuen Regionalpläne Windenergie erklärt die wirtschafts-, energie- und klimapolitische Sprecherin der SSW-Landtagsfraktion, Sybilla Nitsch:

„Was CDU und Grüne seit 2017 als Energiepolitik verkaufen, ist in Wahrheit das Ergebnis jahrelanger Zwangsehe auf Kosten von Planung, Natur und Beteiligung. Die bisherigen Regionalpläne sind schließlich nicht ohne Grund gescheitert - teils vor Gericht, teils auf dem eigenen Reißbrett. Denn hier wird nicht geplant, sondern ideologische Risse mit faulen Kompromissen gekittet. Und das sieht man den Ergebnissen auch an.

410 Vorranggebiete klingen nach Fortschritt, doch der Weg dahin ist geprägt von politischer Beliebigkeit. Erst wurde ein pauschaler 1.000-Meter-Abstand zur Wohnbebauung versprochen - wohlwissend, dass das die verfügbaren Flächen stark einschränkt. Um das Defizit auszugleichen, mussten dann Landschaftsschutzgebiete, Biotope und Küstenräume erhalten. Und jetzt reichen in sogenannten vorbelasteten Gebieten plötzlich 800 Meter. Das ist nicht konsequent. Das ist beliebig.

Statt aus alten Fehlern zu lernen, werden die Muster einfach weitergeführt: zentralistische Steuerung, planerische Willkür und eine Beteiligungskultur, die auf dem Papier existiert, aber praktisch kaum noch etwas bedeutet. Denn die Kommunen vor Ort, die meist genau wissen, was machbar und akzeptiert ist, sollen nach Gusto der Landesregierung auf Sicht entmachtet

werden. Sobald das Land seine eigenen Flächenziele erreicht hat, will Schwarz-Grün die Gemeindeöffnungsklausel schon wieder einkassieren. Das heißt im Klartext: Heute dürfen die Gemeinden noch mitreden, beim nächsten Repowering oder bei künftigen Planungsanpassungen ist damit aber wieder Schluss. Das schafft keinen Windfrieden, sondern Frust.

Zwei statt eigentlich vier Monate Frist für hunderte neue Vorrangflächen - das ist kein ernsthafter Dialog, sondern ein Haken auf der Checkliste. Dabei verändern sich Zuschnitte, Abstandszonen und technische Rahmenbedingungen laufend – mit ganz realen Folgen für betroffene Menschen. Und auch die Rechtssicherheit bleibt weiter fraglich. Schon 2019 hat Lars Harms davor gewarnt, dass eine einzige erfolgreiche Klage reicht, um dem Wildwuchs Tür und Tor zu öffnen. Diese Gefahr besteht weiter – gerade weil auch diesmal wieder mehr aufs Tempo als auf tragfähige Planung gesetzt wird.

Der SSW steht klar zur Energiewende. Wir wollen den Ausbau der Windkraft, aber wir wollen ihn fair, transparent und mit echtem Schutz für Mensch und Natur. Und wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger vor Ort mitentscheiden können, ob und wo gebaut wird. Alles andere gefährdet nicht nur die Akzeptanz, sondern auch die Ziele selbst. Diese Pläne sind davon weit entfernt.“